

**Noch unentschieden beim Volksentscheid?**

**Lesen Sie die Zeitung von übermorgen: 17. 4. 2018**

## **Grübe: "S21 war nicht zu halten"**

***Nach Stuttgarter Offenbarungseid: Finanzierung endgültig geplatzt - VCD: "Skandalserie"***

**Stuttgart.** Durch den vom Rechnungshof endgültig erzwungenen Nothaushalt der Stadt Stuttgart hat deren Verhandlungsführer, wie von Beobachtern erwartet, den endgültigen Rückzug der Stadt aus der Finanzierung des aus dem Ruder gelaufenen Tiefbahnhofprojekts erklärt. Der Einstieg des russischen Großinvestors Promot war gescheitert, nachdem erneute Mehrkosten bei den Tunnelröhren und ein weitere Verzögerung von geschätzten drei Jahren bekannt wurde. Wie Ex-Bahnvorstand Grübe unserer Zeitung darlegte war bereits mit der Pleite des Tunnelbauers Bormag eine Kettenreaktion in der Finanzplanung entstanden, die zusammen mit dem Kollaps der Immobilienpreise der "an sich grundsoliden" Gesamtplanung die Grundlage entzog.

Inzwischen wurde bestätigt, dass Mitarbeiter des Verkehrsministeriums bereits seit Sonntag Sondierungsgespräche in Shanghai mit Vertretern der Gläubigerbanken über eine mögliche Verwertung der teuersten Bauruine Europas führten. Der Sprecher der Grünen im Untersuchungsausschuss des Landtags, Balmer, ließ mitteilen, dass die Bormag AG schon im Herbst 2015 von dem Wassereintrich im Anhydridhorizont informiert war (wir berichteten), und nicht erst März 2016. Unterdessen streitet die Länderkammer weiter über das Nothilfegesetz, mit dem durch eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer auf 22% das von der Tunnelpleite gerissene Haushaltsloch von Baden-Württemberg gestopft werden soll. Während die Landesregierung auf die bundesweite Bedeutung des Stuttgarter Bahnknotens pocht und daraus die Berechtigung einer Sonderwidmung aus dem Umsatzsteueraufkommen ableitet, sperren sich vor allem Sachsen und Bayern, die neben der Verletzung eigener Interessen einen Verfassungsbruch sehen.

Bei seiner wöchentlichen S21-Pressekonferenz wies der VCD darauf hin, dass sämtliche Risiken, die nun zum Totalausfall des Großprojekts geführt hätten, **bereits bei der Volksabstimmung im November 2011** bekannt waren. Die Projektbefürworter hätten wider besseres Wissen die Bevölkerung "verarscht". Wäre das "Verhinderungsquorum" nicht "vernunftwidrig" gegen die Mehrheitsentscheidung für den Ausstieg "instrumentalisiert" worden, hätte sich die jetzige Notlage mit dem täglichen Verkehrsinfarkt vermeiden lassen. Das Vorgehen bezeichnete der Sprecher als eine "groteske Serie von Skandalen, die einzig und allein auf dem Rücken der Steuerzahler und Bahnfahrer abgebüßt" würden. Weder vom neuen Bahnvorstand noch von der Staatskanzlei waren bislang Stellungnahmen zu erhalten. *(Siehe auch Kommentar "Alptraum ohne Erwachen" und Kostengrafik)*

V.i.S.d.P.: Daniel Hünig, Tübingen